

Sehr geehrter Herr ...,

die bürokratische Entlastung von Unternehmen ist dringend notwendig, um die industrielle Produktion von systemrelevanten Gütern wie Reifen, Automobilteilen oder Dichtungen für Trinkwasserleitungen in Deutschland zu erhalten. Daher begrüßen wir das Vorhaben der EU-Kommission, mit der Omnibus-Initiative Erleichterungen bei Berichtspflichten zu schaffen. Einen Ansatzpunkt sehen wir bei der EUDR.

Naturkautschuk von Hevea-Bäumen wird aufgrund der klimatischen Ansprüche dieser Nutzpflanze ausschließlich in Nicht-EU Ländern gewonnen. Importeure von Naturkautschuk und Naturkautschuk-Erzeugnissen müssen sicherstellen, dass ihre Ware EUDR-konform ist. Ebenso alle nachgelagerten Akteure in der europäischen Wertschöpfungskette. Ein zusätzlicher Nutzen für den Waldschutz ist mit dieser „Weiterverfolgung“ nicht verbunden. Das Regulierungsziel der EUDR könnte ebenso erreicht werden, wenn sich die EUDR-Verpflichtungen auf den Import beschränken. Damit würden deutlich weniger Unternehmen in den Anwendungsbereich der EUDR fallen, die Bürokratielast und der Umfang der durchzuführenden Kontrollen würde stark reduziert werden.

Das wdk-Positionspapier zur Omnibus-Initiative finden Sie auf unserer Website:

<https://wdk.de/positionen/>

Wir sind offen für den Dialog darüber, wie die europäischen Waldschutzziele aus Sicht der Kautschukindustrie möglichst effektiv erreicht werden können.

Freundliche Grüße

wdk

# wdk POSITION

## Omnibus-Initiative ausweiten und Unternehmen zügig entlasten

Der Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e. V. (wdk) begrüßt die von der EU-Kommission angestrebte Bürokratieentlastung von Unternehmen im Zuge der Omnibus-Initiative. Der geplante Abbau des Berichts- und Dokumentationsaufwands von zunächst mindestens 25 Prozent, und im Fall von KMU um 35 Prozent, ist ein erster Schritt zur Entlastung der bürokratiegeplagten Kautschukindustrie und zu ihrem Erhalt in Deutschland.

### Sofortige Streichung von Redundanzen zur Corporate Sustainability Reporting Directive

Allerdings können die notwendigen schnellen Erfolge nur dann erreicht werden, wenn Redundanzen zur Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) sofort gestrichen werden. Der wdk fordert daher die zeitnahe Abschaffung

- des europäischen Lieferkettengesetzes (Corporate Sustainability Due Diligence Directive – CSDDD).
- der Berichtspflicht über die Verwendung von Polymer-Mikropartikeln gemäß REACH und der Plastic Pellets Loss Regulation.
- der Berichtspflicht über Umweltbelastungen gemäß der Industrial Emissions Directive.

### Beschränkung der behördlichen Datensammlung auf unbedingt erforderliche Erhebungsfälle

Grundsätzlich sollten Unternehmen zu einer umfangreichen Datenübermittlung nur verpflichtet werden, wenn diese Informationen tatsächlich für behördliche Kontrollen oder erwiesenermaßen zum Erreichen von Regulierungszielen erforderlich sind. Daher verlangt der wdk, dass

- nur der Import von Naturkautschuk und Naturkautschukerzeugnissen in den Anwendungsbereich der European Deforestation Regulation (EUDR) fallen darf und für nachgelagerte Akteure der europäischen Lieferkette keinerlei Verpflichtungen durch die EUDR bestehen (First-touch-Prinzip).

- die SCIP-Datenbank abgeschaltet wird. Sie bietet keinen Informationsmehrwert und wird von potenziellen Zielgruppen nicht genutzt.
- der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) gestoppt wird. Das Verfahren ist untauglich, um das damit verfolgte strategische Ziel zu erreichen. Es enthält unbeherrschbare Bürokratielasten für die europäische Wirtschaft. Der Emissionshandel muss global ausgerollt werden. Das ist eine politische Aufgabe, die nicht an die Wirtschaft abtretbar ist.

### **Umfassendere Vereinfachung von Berichtspflichten zur Entlastung der Unternehmen**

Weiterhin bestehende Berichtspflichten müssen stark vereinfacht werden, indem

- KMU und Midcaps weitgehend von Berichtspflichten entbunden werden.
- alle Unternehmen bei der Erfüllung von Berichtspflichten entlastet werden, beispielsweise durch die Bereitstellung von Fragebögen und Formularen.

Parallel zu diesen Sofortmaßnahmen sollte ein Berichtskataster eingeführt werden, das alle Berichtspflichten für Unternehmen erfasst, die sich aus europäischer und nationaler Gesetzgebung ergeben. Neue Redundanzen können so vermieden und weitere Entlastungsansätze identifiziert werden.

Frankfurt am Main, Februar 2025